

BESCHLUSSVORLAGE NR.**96-2022**

Vorgesehene Beratungsfolge	Sitzung am:	Behandlung des TOP		Abstimmung			
		öffentlich	nichtöffentlich	Anw	Ja	N	E
Haupt- und Finanzausschuss	08.02.2023	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	7	2	2	3
Stadtrat	22.02.2023	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0	0	0	0

GEGENSTAND: Festsetzung einer Aufwandsentschädigung für die allgemeine Vertreterin/ den allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters

**Kurzdarstellung des Sachverhaltes:** Mit Wirkung ab 01.07.2022 wurde die Kommunalbesoldungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (KomBesVO LSA) geändert. Nunmehr kann gem. § 8 Abs. 1 Nr. 2 KomBesVO LSA in Kommunen ohne Beigeordnete Beamten, die als erste mit der allgemeinen Vertretung des Hauptverwaltungsbeamten beauftragt wurden, eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.

Gem. § 8 Abs. 2 KomBesVO LSA darf eine pauschalierte Aufwandsentschädigung des Beigeordneten, der den Hauptverwaltungsbeamten als erster vertritt, hierbei zwei Drittel der für den Hauptverwaltungsbeamten festgesetzten Aufwandsentschädigung nicht überschreiten. Für einen Beamten, der in einer Kommune ohne Beigeordneten als erster mit der allgemeinen Vertretung des Hauptverwaltungsbeamten beauftragt wurde, gilt Satz 1 entsprechend. Die sich bei Anwendung der Berechnungsregeln ergebenden Centbeträge werden auf volle Euro abgerundet.

Je nach Beschluss zur Festsetzung der Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters (210 bis 280 €), kann der Vertreterin/ dem Vertreter demzufolge auch eine Aufwandsentschädigung (140 € bis 186 €) gewährt werden. Für die Festsetzung ist gem. Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz der Stadtrat zuständig.

**Gesetzliche Grundlagen:** § 8 KomBesVO LSA, Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz

**Finanzielle Auswirkungen:** Ja

Produkte / Kostenstellen	im laufenden HH-Jahr €	Folgejahr/e €
111100.5011000	840,00 € - 1.116,00 €	1.680,00 € - 2.232,00 €
Dienstaufwendungen Beamte		

**BESCHLUSS-VORSCHLAG:** Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die Festsetzung einer monatlichen Aufwandsentschädigung für die Stellvertreterin/ den Stellvertreter des Bürgermeisters i. H. v. monatlich 140 €.

Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA): Stellvertreterin/ Stellvertreter des Bürgermeisters

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS**

Mitgliederzahl (+ Bgm.): 20

Anwesende Mitglieder:            davon Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA):           

Ja-Stimmen           

Nein-Stimmen           

Enthaltungen